

Hintergrundpapier

Nr. 9 / August 2009

Die japanischen Unterhauswahlen 2009

von Miklos Romandy

In diesen Tagen bereitet sich Japan auf Neuwahlen zum Unterhaus am 30. August vor. Zu diesem Zweck löste Premierminister Taro Aso die Kammer am 20. Juli auf. Meinungsumfragen zufolge muss die seit mehr als 50 Jahren fast ununterbrochen regierende Liberaldemokratische Partei Japans (LDP) um den Verlust der Macht fürchten. Aller Voraussicht nach wird die oppositionelle Demokratische Partei Japans (DPJ) unter der Führung von Yukio Hatoyama die nächste Regierung stellen.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	2
Rückblick 50 Jahre LDP.....	2
Wahlkampf 2009.....	6
Wahlprogramme im Vergleich.....	6
Wertung.....	10
Die DPJ an die Regierung.....	11

Einleitung

Taro Aso ist der dritte in einer Reihe von parteiintern und ohne Wählermandat ins Amt gehievten Premierminister seit dem Rücktritt Junichiro Koizumis im Jahr 2006. Konnte die LDP unter der Führung Koizumis 2006 noch einen Erdrutschsieg für sich verbuchen – sie erlangte 296 der 480 Sitze im Unterhaus – steht die Partei heute schwer angeschlagen da.

Premierminister Aso ist unbeliebt, Parteimitglieder unternahmen vergangenen Juli einen letztlich erfolglosen Versuch, ihn als Parteivorsitzenden abzusetzen. Asos Politik im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise wird weitgehend als ziellos kritisiert, mit verbalen Fehlritten brachte er zuletzt sogar die Stammwählerschaft der LDP gegen sich auf.

Darüber hinaus musste die LDP bei wichtigen Kommunalwahlen eine Serie von empfindlichen Niederlagen einstecken, so auch in Tokio, wo die Partei erstmalig die Macht an die DPJ verlor.

Im laufenden Wahlkampf versucht Aso auf Erfolge im Kampf gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu verweisen und stellt die Regierungsfähigkeit der Demokratischen Partei generell in Frage. Die DPJ hingegen präsentiert sich als Partei des einfachen Volkes und verspricht das Ende der von der LDP praktizierten Hinterzimmer-Diplomatie, Entmachtung der Bürokratie und eine Fülle von wirtschaftlichen und administrativen Reformen.

Sollte die DPJ es wirklich schaffen, einen Wahlsieg zu erringen, wäre dies ein erster Schritt hin zur Entstehung eines dauerhaften Zweiparteiensystems und überfälligen Reformen. Ob die Demokratische Partei ihre ambitionierten Pläne jedoch durchsetzen kann, ist fraglich.

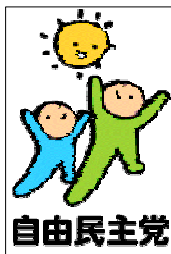
Rückblick 50 Jahre LDP

Bei Betrachtung der japanischen Politik der letzten Jahrzehnte stellt sich die Frage wie sich die Liberaldemokratische Partei so lange an der Macht halten konnte. Die Antwort liegt sowohl in den unvergleichbaren Wahlerfolgen der Partei – des Öfteren konnten in der Vergangenheit entgegen Vorhersagen glänzende Wahlerfolge verbucht werden – als auch in der Schaffung des sogenannten „eisernen Dreiecks“, der engen Verbindung der Partei mit Unternehmen und dem mächtigen Bürokratieapparat.

Je näher die diesjährigen Wahlen zum Unterhaus rücken, desto unwahrscheinlicher erscheint jedoch ein abermaliger phönixgleicher Aufstieg aus der Krise.

Das Vermächtnis von mehr als 50 Jahren LDP an der Regierung ist umstritten. Die Partei trug – bedingt durch ihre enge Verflechtung mit heimischen Unternehmen – maßgeblich zu Japans wirtschaftlichem Aufschwung der Nachkriegsjahrzehnte bei. Japan wäre ohne die LDP wahrscheinlich nicht zu jener Wirtschaftsmacht aufgestiegen die neben China den asiatischen Raum dominiert.

Daraus resultierende negative Konsequenzen waren unter anderem weitläufige Korruption und soziale Ungleichheit.



Die Liberaldemokratische Partei Japans (LDP) ist die größte Partei Japans.

Die politische Linie der Partei ist gemäßigt konservativ, wirtschaftsnahe und pro-amerikanisch. Dies äußerte sich durch die Unterstützung der Sicherheits- und Antiterrorpolitik der ehemaligen Regierung Bush und ein verstärktes militärisches Engagement. Bedingt durch die lange Herrschaft bildete die Partei zusammen mit der Bürokratie und Wirtschaft das so genannte eiserne Dreieck, was einerseits bedeutend zum Wirtschaftswachstum der Nachkriegsjahre beitrug, andererseits aber mehrere Korruptionsskandale nach sich zog.

Die wichtigsten Führungspositionen in der LDP werden vom Parteivorsitzenden und Premierminister Taro Aso, dem Generalsekretär Hiroyuki Hosoda, dem Vorsitzenden des Exekutivrates Takashi Sasagawa und dem Vorsitzenden des politischen Führungsausschusses Kosuke Hori besetzt.

Die LDP ist in mehrere innerparteiliche Parteiflügel oder Faktionen gespalten, die maßgeblich auf Entscheidungen Einfluss nehmen. So werden auch wichtige Partei- und Regierungämter (einschließlich das des Premierministers) unter den Faktionen nach Rotationsprinzip vergeben. Zwischen den unterschiedlichen Faktionen herrschen nicht selten starke Konflikte, was weniger auf programmatische Inhalte, sondern auf innerparteiliche Machtkämpfe zurückzuführen ist. Abgesehen von ihren Verbindungen zu bestimmten Interessengruppen verfolgen die Faktionen kaum programmatisch fassbare politische Ziele.

Die Gründung der LDP im Jahr 1955 fällt unmittelbar in den Kontext des Kalten Krieges. Angesichts der Gefahr kommunistischer Revolution in Japan und der politischen Lage in Ostasien lag es im Interesse der USA, Japan zu stabilisieren und die Wirtschaft anzukurbeln. Um den Krieg in Korea finanzieren zu können benötigten die USA eine leistungsfähige japanische Wirtschaft. Die Folge dieser mehr oder weniger von den USA vorgegebenen Politik war die Unterdrückung von Arbeiter- und Studentenunruhen in Japan und großzügige Unterstützung von japanischer Unternehmen – bis hin zur de facto Reetablierung ehemaliger Zaibatsu-Konglomerate.

Während der Jahre des Aufschwungs festigte sich schließlich die Praxis, dass Bürokraten, Politiker und Unternehmer die japanische Politik gemeinsam bestimmten. Konzerne erhielten bevorzugte finanzielle Behandlung und schufen im Gegenzug die für die Expansion der japanischen Mittelschicht benötigten Arbeitsplätze. Möglich war dies jedoch nur in Verbindung mit einem hohen Wirtschaftswachstum, welches durch den Ölschock der 70er Jahre beendet wurde.

Die LDP hielt sich jedoch weiter an der Regierung, eine ernsthafte Alternative bot sich den Wählern nicht. Die Partei war die einzige ernstzunehmende politische Kraft geworden, ihre Faktionen fungierten quasi als selbstständige Parteien, die im Wettbewerb zueinander standen. Die einzelnen Faktionsvorsitzenden agierten als Königsmacher und kontrollierten die Vergabe des Amtes des Premierministers, das sie rotationsweise innehatten. Die oppositionelle Sozialistische Partei (mittlerweile ein Teil der DPJ) bot zwar ein Forum für Kritik an der Regierung, wurde jedoch von Japans traditionell risikoscheuer Wählerschaft nie wirklich als regierungsfähig angesehen.

Erst nach mehreren schweren Korruptionsaffären in den 70er und 80er Jahren verlor die LDP im Jahr 1993 die Macht an eine 7-Parteien-Koalition deren Regierung sich allerdings nur für rund zehn Monate im Amt halten konnte. In weiterer Folge gelangte die LDP wieder an die Macht, konnte bei den darauf folgenden Wahlen ihre Position an der Spitze der Wählergunst wieder festigen und schließlich bei vorgezogenen Unterhauswahlen im Jahr 2005 einen beeindruckenden Wahlerfolg erzielen.



Den Unterhauswahlen 2005 war ein Konflikt um die Privatisierung der Japan Post vorausgegangen. Nachdem ein Gesetzentwurf zur Postprivatisierung im Oberhaus blockiert worden war und sich 30 LDP-Abgeordnete im Unterhaus geweigert hatten, das Vorhaben mitzutragen, löste Premierminister Junichiro Koizumi das Unterhaus auf, um sein Reformvorhaben von den Wählern bestätigen zu lassen.

Bei den Wahlen erlangte die LDP mit 296 Sitzen das zweitbeste Ergebnis ihrer Geschichte und verfügte mit ihrem Koalitionspartner New Komeito¹ Sitzverteilung nach den Unterhauswahlen 2005 über eine komfortable Zweidrittelmehrheit im Unterhaus. Die oppositionelle DPJ musste schwere Verluste hinnehmen und konnte nur 113 Sitze für sich verbuchen, 62 weniger, als sie noch vor der Wahl hatte.

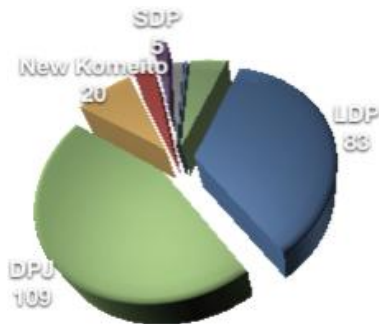
Nach Koizumis Rücktritt im Jahr 2006 verlor die LDP jedoch zunehmend an Popularität. Die Führungsschwäche von Koizumis Nachfolger Shinzo Abe, ersichtlich aus einer Reihe von Rücktritten von Ministern seines Kabinetts gepaart mit einem Skandal über verloren gegangene Aufzeichnungen über Rentenansprüche, resultierten 2007 in einer empfindlichen Wahlniederlage der LDP bei den Wahlen zum Oberhaus.

Die DPJ schloss sich mit der Sozialdemokratischen Partei (SDP)² zu einer Koalition zusammen und konnte aufgrund der Mehrheit der im Oberhaus kontrollierten Sitze Gesetzesentwürfe der LDP verzögern bzw. blockieren. Aufgrund der noch immer gehaltenen Majorität im Unterhaus blieb die Regierungskoalition aus LDP und New Komeito zwar handlungsfähig, büßte aber an politischem Spielraum ein. In den Rängen der LDP die Niederlage als Misstrauensvotum für Abe gewertet. Auch der Koalitionspartner New Komeito äußerte Unmut angesichts der schweren Verluste.

¹ Die **New Komeito Partei** (wörtlich: „Gerechtigkeitspartei“) ist eine mitte-rechts Partei und stellt zurzeit den Koalitionspartner der LDP im Unterhaus. Sie gilt als politischer Arm der buddhistischen Soka Gakkai Organisation („Gesellschaft zur Schaffung von Werten“) und vertritt nach eigenen Angaben einen humanitären Sozialismus. Forderungen der New Komeito umfassen unter anderem größere Transparenz in öffentlichen Angelegenheiten und verstärkte Dezentralisierung.

² Die **Sozialdemokratische Partei** ist der Nachfolger der Sozialistischen Partei Japans, die 1996 größtenteils in der DPJ aufging. Zentrale Forderungen der SDP sind die Änderung des japanisch-amerikanischen Bündnisses hin zu einem reinen Freundschaftsvertrag und das Ende der amerikanischen Militärpräsenz in Japan.

Eine bald darauf folgende Kabinettsumbildung führte nicht zur Stabilisierung der Regierung.



Sitzverteilung nach den
Oberhauswahlen 2005

Wenige Wochen später trat Shinzo Abe von seinen Funktionen als Parteivorsitzender und Premierminister zurück, sein Nachfolger in beiden Ämtern wurde Yasuo Fukuda. Verhandelte das Kabinett Fukuda anfangs noch erfolglos über die Bildung einer großen Koalition mit der DPJ, waren die folgenden Monate geprägt von einem Machtkampf mit der das Oberhaus kontrollierenden Opposition. Die DPJ blockierte mehrere wichtige Regierungsinitiativen und übte Druck auf die Regierung in Zusammenhang mit dem schwelenden Rentenskandal aus. Nach einem Misstrauensantrag gegen Fukuda im Oberhaus und einer auf rund 20% gefallenem Zustimmungsrates trat Fukuda im September 2008 nach weniger als einem Jahr im Amt zurück. Sein Nachfolger wurde Taro Aso.

Die Priorität der Regierung Aso lag von Anfang an bei Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Aso lehnte die von der Opposition geforderten Neuwahlen mit der Begründung ab, dass die Verabschiedung der regulären bzw. Zusatzhaushalte 2008/2009 und umfangreicher Konjunkturprogramme Priorität genieße. Ein Antrag der DPJ, das Unterhaus aufzulösen und Neuwahlen auszurufen, scheiterte.

Bis Anfang Dezember 2008 fiel die Zustimmungsrates Asos auf unter 20%, im Januar erreichte die Ablehnung seines Kabinetts 70% bei Umfragen. Wenig Zuspruch erhielten unter anderem einmalige Auszahlungen an Konsumenten in der Höhe von 2 Milliarden Yen (rund 16 Mrd. Euro), die die Wirtschaft stimulieren sollten, sowie der zweite Zusatzhaushalt 2008, der ohne die Zustimmung der Opposition und einzelner Politiker aus den Reihen der LDP verabschiedet wurde. Mehrmalige verbale Fehlritte Asos fügten seiner Popularität ebenfalls schweren Schaden zu.



Die Demokratische Partei Japans (DPJ) entstand 1998 durch den Zusammenschluss mehrerer kleiner Parteien. Seit 2007 ist die DPJ die stärkste Partei im Oberhaus und wird aller Voraussicht nach die LDP als stimmenstärkste Partei im Unterhaus ablösen.

Die Partei unterstützt freie Marktwirtschaft als Grundpfeiler der Wohlfahrt Japans. Sie sieht die Rolle des Staates in der Bereitstellung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Bevölkerung, allerdings nur mit einem Mindestmaß an Intervention.

Die DPJ rekrutiert ihre Wählerschaft hauptsächlich aus den Reihen der Arbeiterschicht und der liberalen Mittelklasse. Durch Forderung nach einem individuellen Einkommenszuschuss zur Förderung der Landwirtschaft spricht die Partei zunehmend ländlichen Wähler an, die bis jetzt das Rückgrat der LDP-Wählerschaft bildeten und deren höheres Stimmgewicht durchaus Einfluss auf den Ausgang der Wahlen haben könnte.

Nach mehreren Niederlagen bei Kommunalwahlen, so auch bei der in Tokio, die als Stimmungsbarmeter für die anstehenden Unterhauswahlen gewertet wird, war Aso auf Druck seiner eigenen Partei schließlich gezwungen, am 20. Juli die Auflösung des Unterhauses anzukündigen und Neuwahlen für den 30. August auszurufen.

Wahlkampf 2009

Die Liberaldemokratische Partei steht vor einer historischen Niederlage. Die Möglichkeit eines Machtwechsels nach mehr als einem halben Jahrhundert LDP-Herrschaft mobilisiert Japans traditionell apathische Wählerschaft. Eine am 24. August veröffentlichte Umfrage der öffentlichen Rundfunkgesellschaft NHK lässt eine Wahlbeteiligung von rund 90% erwarten. Ein nicht unbeträchtlicher Anteil von Wählern könnte von der LDP zur DPJ abwandern und die DPJ so mehr als 300 der 480 Sitze im Unterhaus erringen.

Besonders schmerzhaft für die LDP ist die Tatsache, dass die DPJ auch in ehemaligen LDP-Hochburgen – sei es in städtischen Ballungszentren als auch in ländlichen Gebieten – zunehmend an Attraktivität gewinnt.

Die DPJ scheint das vor den Oberhauswahlen 2007 gewonnene Momentum aufrechtzuerhalten und trotz eines Spendenskandals ihre Führung ausbauen zu können. Der damalige Parteivorsitzende Ichiro Ozawa musste im Mai dieses Jahres zurücktreten und wurde durch Yukio Hatoyama ersetzt. Es ist jedoch anzunehmen, dass Ozawa zumindest hinter den Kulissen die Politik der DPJ weiter maßgeblich beeinflussen wird.

Die niedrige Popularität der LDP ist neben den eingangs erwähnten Gründen auch auf das mangelhafte Wahlkampfprogramm zurückzuführen, welches bei manchen Themen schlicht bei der DPJ abzukupfern scheint bzw. Fragen hinsichtlich der Sinnhaftigkeit, Finanzierbarkeit und Realisierbarkeit offen lässt.

Positiv aufgefasst werden nur zwei Wahlkampfthemen der LDP: Konjunkturprogramme und eine klare parteipolitische Linie bezüglich der künftigen Außen- und Sicherheitspolitik.

Wahlkampfprogramme im Vergleich

Der Vergleich der Wahlkampfprogramme konzentriert sich auf die Gegenüberstellung der beiden Großparteien LDP und DPJ. Auf das Programm der potenziellen Koalitionspartner New Komeito bzw. SDP, die im großen und ganzen ähnliche Inhalte aufweisen wie ihre Partner, wird nur eingegangen, falls größere inhaltliche Unterschiede fassbar sind.

Exkurs: Liberalismus in Japan

Bildeten sich im 19. Jahrhundert in Japan noch liberale Strömungen im europäischen Sinn, so wurde der Begriff „Liberalismus“ im 20. Jahrhundert zunehmend mit Konservatismus gleichgesetzt. Sichtbar ist dies beispielsweise bei der Liberaldemokratischen Partei, die, trotz ihres Namens, in außenpolitischen und sozialen Themen nach allen Maßstäben eine konservative Partei ist.

Liberalen Themen, wie zum Beispiel Menschenrechten und Minderheitenschutz, wird im laufenden Wahlkampf kaum Aufmerksamkeit gewidmet.

Außen- und Sicherheitspolitik

Die LDP machte zu Beginn des Wahlkampfes am 18. August außenpolitische Fragen rasch als schwächsten Punkt im Programm der DPJ aus: In den Reihen der DPJ seien wenige Politiker mit Regierungserfahrung, so die Vorwürfe, noch weniger gebe es jemanden, der sich bisher außenpolitisch profilieren konnte. Der wahrscheinliche Kandidat für das Amt des Außenministers, Katsuya Okada, hätte überhaupt keine Erfahrung auf diesem Gebiet.

Und tatsächlich erscheint die Position der DPJ zu außenpolitischen Fragen unklar, die Auswirkungen einer von der DPJ bestimmten Außenpolitik auf die Beziehung zu Nachbarstaaten in Asien und zu traditionellen Verbündeten, wie z.B. die Vereinigten Staaten, sind unabsehbar.

Yukio Hatoyamas Aussagen zu diesen Themen waren in den letzten Wochen widersprüchlich. Hieß es vor ein paar Wochen noch, dass im Falle eines Wahlsieges der DPJ Japans Beitrag zur amerikanischen Mission in Afghanistan – eine Betankungsmission im Indischen Ozean – beendet und das definitiv keine Kriegsschiffe zur Bekämpfung von Piraten nach Somalia entsandt werden würden, revidierte Hatoyama kurz darauf seine Position. In außenpolitischen Fragen sei Kontinuität gefragt, die Mission im indischen Ozean werde vorerst nicht beendet. Wenige Tage später deutete Hatoyama jedoch an, dass eine Verlängerung des japanischen Einsatzes doch nicht ins Auge gefasst werden würde.

Grund für die widersprüchlichen Aussagen des DPJ-Kandidaten sind einerseits unterschiedlichen Ansichten innerhalb seiner eigenen Partei als auch der Versuch, dem möglichen Koalitionspartner SDP (Sozialdemokratische Partei Japans), der internationalen Einsätzen der Streitkräfte ablehnend gegenüber steht, entgegenzukommen, ohne dass es dabei zu einer Eintrübung des bilateralen Verhältnisses zu Washington kommt.

Im Gegensatz zur DPJ verfolgt die LDP eine klare außen- und sicherheitspolitische Linie. Sie sieht die nationale Sicherheit als Grundlage für Wirtschaftswachstum und Sicherheit der Bürger und verspricht in diesem Zusammenhang eine Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten. Im Rahmen dieser Partnerschaft verfolgt die LDP die Einrichtung eines mit der amerikanischen Flotte koordinierten Raketenabwehrsystems und befürwortet Einsätze zur Bekämpfung der Piraterie vor Somalia und die Verlängerung der japanischen Betankungsmission im Indischen Ozean.

Des weiteren verspricht Taro Aso, die Verhandlungen mit Südkorea und Russland über den Status der Takeshima Inseln und über die Kurillen zu einem Abschluss zu bringen, und auf Nordkorea im Zusammenhang mit der Entführung japanischer Bürger in den 70er und 80er Jahren Druck auszuüben.

Obwohl die LDP im Gegensatz zur DPJ in diesen Fragen eine klarere Linie vertritt, wird sich dies auf den Wahlausgang wohl kaum auswirken, da in erster Linie innenpolitische Themen entscheidend sind.

Innenpolitische Themen

Im Lichte der andauernden globalen Wirtschaftskrise werden die Programme der Parteien zur **Reform der japanischen Wirtschaft** mit großem Interesse verfolgt. Die regierende LDP unterstreicht die erfolgreichen Konjunkturprogramme der letzten Monate und kann auf ein Wirtschaftswachstum von rund 1% im 2. Quartal dieses Jahres verweisen, das erste Wachstum nach mehr als einem Jahr Rezession. Doch zusätzlich wird sich die zukünftige japanische Regierung – sei es unter Führung der LDP oder DPJ – mit einer hohen Staatsverschuldung (rund 193% des BIP) und einer alternden Bevölkerung konfrontiert sehen.

Die LDP strebt eine Rückkehr zu stetigem Wirtschaftswachstum in der zweiten Jahreshälfte 2010 an. Maßnahmen zur Erhöhung und Aufrechterhaltung des Wirtschaftswachstums zielen darauf ab, verstärkt Investoren aus dem asiatischen Raum anzuziehen, innerhalb von 3 Jahren zwei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, und das verfügbare Einkommen für Haushalte innerhalb von 10 Jahren um 1 Mio. Yen zu erhöhen. Jedoch nennt das Programm der LDP keine konkreten Zahlen, wie diese Ziele erreicht werden sollen. Des Weiteren sieht das LDP-Programm eine Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben durch Notkreditbürgschaften und Sicherheitskredite vor, allerdings ohne weitere Details preiszugeben. Die DPJ hingegen verspricht eine Senkung der Körperschaftssteuer von 18% auf 11% für Klein- und Mittelbetriebe.

Darüber hinaus verspricht die DPJ 100,000 Yen pro Monat Zuschuss für Jobsuchende und eine Erhöhung des Mindesteinkommens auf mindestens 1,000 Yen pro Stunde.

Ungefähr die gleiche Position vertreten die Parteien beim Thema CO₂-Emissionen. Alle Wahlkampfprogramme sehen die Subventionierung von umweltfreundlichen Häusern und Kfz vor, die LDP und ihr Koalitionspartner New Komeito punkten zusätzlich durch das Angebot der Einführung eines *Electricity Buy-Back Programms*. Die DPJ verspricht zusätzlich, bis 2020 die CO₂ Emissionen um 25% gegenüber dem Vergleichsjahr 1990 zu senken. Ob dieses Ziel realistisch ist, bleibt dahingestellt.

Im engen Zusammenhang mit den eben vorgestellten Wahlkampfpunkten steht die unumgängliche **Reform des Pensionssystems**. Die japanische Wirtschaft spürt deutlich die Auswirkungen der alternden Gesellschaft, die damit zusammenhängenden Kosten belaufen sich heute auf rund 15% des Staatshaushaltes und drohen in den kommenden Jahren zu explodieren.

Die Pläne der LDP sehen eine geringfügige Reform des zweispurigen Pensionssystems vor, welches eine staatliche Grundpension – die grundsätzlich jedem zugänglich ist – und eine Angestelltenpension umfasst. Die Maßnahmen der LDP sind leicht zu realisieren, adressieren aber nicht das Problem des Pensionstransfers.

Im Gegensatz hierzu schlägt die DPJ eine radikale Änderung des Pensionssystems vor und befürwortet die Einführung einer einkommensabhängigen Mindestpension in Höhe von 70,000 Yen monatlich. Steuersenkungen sollen Pensionisten zusätzlich entlasten. Vom Verlust von Pensionaufzeichnungen betroffenen Rentnern verspricht die DPJ eine Einmalzahlung zur Kompensation

- ohne allerdings eine konkrete Summe zu nennen - und die Einführung von Pensionspässen, die genaue Auskunft über Ansprüche des Besitzers geben.

Finanziert werden sollen diese Vorhaben teilweise durch die Rücknahme von Einsparungsprogrammen der derzeitigen Regierung in der Höhe von 220 Mrd. Yen und durch eine Überarbeitung des Staatshaushalts.

Gleichermaßen das Interesse der Wähler erwecken die Programme der Parteien im Hinblick auf die **Förderung von Haushalten mit Kindern**. Hier wirbt die DPJ mit der Auszahlung eines Geburtszuschusses von 550,000 Yen, der Einführung eines Kinderzuschusses in der Höhe von 26,000 Yen monatlich bis zum Abschluss der Mittelschule, und kostenfreier Oberschulausbildung an öffentlichen Schulen. Für Schüler an privaten Oberschulen soll der Staat - abhängig vom Einkommen der betroffenen Familie - 120,000-240,000 Yen bereitstellen. Konkrete Angaben zur Finanzierung des mehr als 6 Billionen Yen teuren Kinderpaketes sind dem Wahlkampfprogramm allerdings nicht zu entnehmen.

Das Programm der LDP sieht ähnliche Maßnahmen vor und verspricht eine Erhöhung der Kindertagesstätten, großzügige Erziehungszuschüsse, gratis Ausbildung von Kindern in der Altersstufe von 3-5 Jahren und freien Unterricht von Kindern aus einkommensschwachen Haushalten. Aus dem Wahlkampfprogramm der LDP lassen sich in der vorliegenden Übersetzung keine genauen Angaben in Bezug auf Höhe und Finanzierbarkeit entnehmen.

Die beiden potentiellen Koalitionspartner New Komeito und SDP propagieren in ihren jeweiligen Programmen vergleichbare Maßnahmen.

Die Finanzierung all dieser Maßnahmen soll zum Teil durch eine Revision unnötiger Großprojekte als auch durch eine umfassende **Reform der Exekutive** erfolgen, die - obwohl inhaltlich leicht verschieden - von allen Parteien befürwortet wird. So entstehen beispielsweise allein durch den Unterhalt von Regierungsstellen Kosten in Höhe von 2.9 Billionen Yen, die Praxis des *amakudari*³ belastet das Regierungsbudget mit rund 700 Mrd. Yen.

Die LDP plant die Einführung eines *National Strategy Staffs* als beratendes Organ des Premierministers. Dieses Organ soll die Einführung eines Evaluierungssystems für Beamte, die schrittweise Reduktion von Staatsbeamten um 80,000 Personen bis 2015, die Reduktion der Sitze im Ober- und Unterhaus um 30% bis in 10 Jahren und die Revision „verschwenderischer“ Ausgaben überwachen. Maßnahmen zur Bekämpfung von Korruption umfassen unter anderem die Abschaffung des *amakudari* und das Verbot vererbbarer Sitze im Parlament.

Der Koalitionspartner der LDP, die New Komeito Partei, vertritt ähnliche Positionen, drängt allerdings zusätzlich auf die Veräußerung von Vermögenswerten und Anteilen an Unternehmen in der Höhe von 11 Billionen Yen.

Die DPJ plant neben Antikorruptionsmaßnahmen (Verbot des *amakudari*, politisch motivierter Geldspenden, vererbbarer Sitze im Parlament) eine Kostenreduktion des Beamtenapparats um 20% und eine Verkleinerung des Unterhauses um 80 Sitze.

³ „Vom Himmel herabsteigen“ bezeichnet den Wechsel von Regierungsbeamten nach ihrer Pensionierung in die Privatwirtschaft. Hochrangige Beamte nehmen häufig einen Platz im Management von Unternehmen ein.

Komplementär zu den Reformen auf nationaler Ebene streben die Parteien eine Stärkung der Präfekturen im Sinne von – teils umfassender – **regionaler Autonomie** an. Der Entwurf der DPJ sieht die Einrichtung eines *Administrative Reform Councils* vor, der den Transfer von Kompetenzen und Geldmitteln für administrative Funktionen zu den Präfekturen überwachen soll. Überlappende Kompetenzen der Zentralregierung und der einzelnen Präfekturen sollen abgeschafft, die Budgets der lokalen Regierungen erhöht, und die lokale Wirtschaft durch Eliminierung von Autobahnmauten gestärkt werden.

Die LDP verfolgt das Thema Dezentralisierung sogar noch radikaler. Sie plant die komplette Abschaffung der Präfekturen innerhalb der nächsten acht bis zehn Jahre und an ihrer Stelle die Einführung eines Systems regionaler Blöcke. Die Zentralregierung in Tokio würde nur mehr begrenzte Funktionen wahrnehmen, so zum Beispiel im Rahmen von Außen- und Handelspolitik sowie nationaler Sicherheit.

Dieser Ansatz der LDP ist allerdings nicht neu, die Reorganisation der Präfekturen wurde schon 2007 vorgeschlagen, allerdings im Dezember des letzten Jahres von rund 62% der Bevölkerung negativ bewertet. Kritiker befürchten vor allem zunehmende soziale Diskrepanzen zwischen den einzelnen Regionalblöcken.

Auch der bisherige Koalitionspartner New Komeito lehnt eine derartig radikale Umstrukturierung ab und propagiert einen maximalen Kompetenztransfer hin zu den Präfekturen in Bezug auf legislative und steuerliche Befugnisse. Einsparungen durch die Reduktion von Außenstellen der Regierung in den Präfekturen sollen die Revitalisierung der lokalen Wirtschaft unterstützen.

Wertung

Obwohl sich die LDP im Wahlkampf den Erfolg der Konjunkturprogramme zugute halten konnte und die Wirtschaft im vergangenen Quartal wieder wuchs, wird dies keinen maßgeblichen Einfluss auf das Wählerverhalten nehmen. Arbeitsplatzunsicherheit und ein Anstieg an Kurzzeitarbeitsverträgen – unter anderem zurückzuführen auf Reformen der LDP – lassen viele Japaner befürchten, dass sich ihre soziale Lage weiter verschlechtern könnte. Monat für Monat gehen die Einkommen zurück, viele Familien können sich Nachwuchs nicht leisten und Millionen von Pensionisten müssen sich aufgrund des mangelhaften Pensionssystems mit Teilzeitjobs über Wasser halten. Hier scheinen die Vorschläge der DPJ in Bezug auf Pensionsreform und Kinderunterstützung eine weitaus größere Zustimmung zu erfahren, als die etwas vagen Versprechungen der LDP. Die Wähler teilen größtenteils die Ansicht der DPJ, dass die Entlastung der Haushalte den Konsum ankurbeln würde, was wiederum ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum begünstigen würde.

Die Finanzierungspläne der Vorhaben der DPJ dagegen bleiben im Visier der Kritik. Eine umfassende Implementierung dieser Programme würde den Staatshaushalt mit zusätzlichen 7.1 Billionen Yen im Jahr 2010 und mit 16.8 Billionen Yen im Jahr 2013 belasten. Finanziert werden soll dies durch den Stopp sinnloser öffentlicher Großprojekte, Liquidation ruhender Vermögenswerte, und durch eine Reform des Steuersystems. Doch Analysten bezweifeln, dass die dadurch mobilisierten finanziellen Mittel ausreichen.

Außenpolitisch stellt das Wahlkampfprogramm der DPJ einen Balanceakt zwischen den Interessen des Koalitionspartners SDP und jenen des wichtigsten Verbündeten, den USA, dar. Während die Vereinigten Staaten das internationale Engagement Japans im Zuge der Mission im Indischen Ozean begrüßen und weitergehenden Beteiligungen an Friedenseinsätzen positiv gegenüberstehen, lehnt die SDP internationale Einsätze unter Berufung auf die pazifistische Verfassung des Landes ab. Ein Verlust der SDP als Koalitionspartner würde gleichzeitig zum Verlust der komfortablen Mehrheit im Oberhaus führen und so jegliche Reformbemühungen erschweren. Jedoch ist es unwahrscheinlich, dass die LDP aus dem außenpolitischen Dilemma der DPJ Kapital schlagen wird.

Die Zustimmung zum Programm der LDP hält sich in Grenzen. Im Zentrum der Kritik steht ihr Wahlprogramm, das im Gegensatz zur DPJ eher vage ist und zu viel Gewicht auf langfristige Ziele legt, ohne deren Notwendigkeit genauer zu erläutern (Reduktion der Sitze in Ober- und Unterhaus um 30%) bzw. zu erklären, wie sie genau erreicht werden sollen (Einkommenserhöhung der Haushalte um 1 Mio. Yen in 10 Jahren). Zusätzliche Kritik erntet die LDP dafür, dass ihr Programm unter anderem Maßnahmen enthält, die lediglich Abwandlungen älterer Pläne darstellen oder ohnehin gerade implementiert werden.

Auch für die Pensionsreformpläne der Partei vermag sich die Wählerschaft nur bedingt zu erwärmen, vor allem deshalb weil der Verlust von Aufzeichnungen über die Pensionsansprüche von Millionen von Rentnern der LDP unmittelbar angelastet wird und sie bis jetzt keine zufriedenstellende Lösung für dieses Problem bieten konnte.

Die DPJ an der Regierung?

Jüngste Meinungsumfragen gehen von einem eindeutigen Wahlsieg der DPJ aus, ein Gewinn von mehr als 300 der 480 Sitze im Oberhaus ist als potenziell möglich einzuschätzen.

Doch im Falle eines Sieges erwarten die DPJ mehrere Herausforderungen:

Als erstes gilt es, die Zusammenarbeit des Oberhaus-Koalitionspartners SPD auch im Unterhaus zu sichern, allerdings ohne durch zu großzügige Zugeständnisse im Bereich der Außenpolitik, die das Verhältnis zu den USA belasten könnten. Inwieweit die Zusammenarbeit mit der SPD Japans internationales Engagement beeinflussen wird bzw. welche Haltung die kommende Regierung bei der Lösung regionaler Probleme – vor allem im Hinblick auf Nordkorea – einnehmen wird, ist derzeit nicht einschätzbar.

Eine weitere Herausforderung wird die geplante Regierungsreform, vor allem bezüglich der Verkleinerung des Verwaltungsapparats, eines der markantesten Wahlversprechen der DPJ. Mit Einsparungen bei administrativen Ausgaben hofft die DPJ einige ihrer Zusicherungen, wie z.B. die Unterstützung von Haushalten, finanzieren zu können. Andererseits wird die Partei – bar jeglicher Regierungserfahrung – zur Umsetzung ihrer Reformpläne gerade die Kooperation der Bürokratie benötigen.

Sollte die DPJ ihre großzügigen Wahlversprechen nicht zumindest teilweise umsetzen können, würde ihr bei den Wahlen zum Oberhaus nächstes Jahr der Verlust der dort von ihr kontrollierten Mehrheit drohen. Eine LDP als stimmenstärkste Partei in dieser Kammer wäre dann in der Lage, Entscheidungen des Unterhauses zu blockieren bzw. zu verzögern.

Japan wäre einmal mehr in einem politischen Patt gefangen.

Impressum
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Bereich Internationale Politik
Referat Politikberatung und
Internationale Politikanalyse
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam

Aktuelle Informationen zur Projektarbeit der Stiftung für die Freiheit finden Sie unter www.freiheit.org